



KPÖ Graz: Nein zum Reininghaus-Deal!

Die Stadt Graz hat über 1 Milliarde Euro Schulden. Private Profitjäger und die Banken haben sich beim Kauf der Reininghaus-Gründe verspekuliert und könnten viel Geld verlieren.

Was tut die ÖVP? Sie drängt darauf, dass die Stadt Graz diese Gesellschaft und 512 Hektar Grund kauft und 75 Millionen Schulden übernimmt. Das stellt sie als gutes Geschäft dar. Jetzt gibt es eine „Bürgerbefragung“, weil man sich den Segen der Grazerinnen und Grazer holen will. Darum verspricht man ihnen einen Super-Stadtteil auf dem Gelände.

In Wirklichkeit ist Reininghaus aber eine Schuldenfalle.

- * Ein Immobilien-Entwickler nach dem anderen ist an Reininghaus gescheitert. Schöne Pläne hat es schon viele gegeben. Dann ist die Banken- und Immobilienkrise dazwischen gekommen.
- * Deshalb soll die Stadt einspringen. Sie soll die verschuldete Gesellschaft übernehmen und den Banken sichere Einnahmen garantieren. Dafür verkauft die Stadt eigene

Elke Kahr. KPÖ

Angenommen, Ihre Taschen sind leer.
Würden Sie dann millionenteure Grundstücke kaufen?
Nur um einigen Spekulanten aus der Patsche zu helfen?
Die Stadt Graz will das.

Nein zum Ankauf der Reininghausgründe.

www.kpoe-graz.at

Grundstücke im Wert von 24 Millionen Euro. Der Schuldenstand aber steigt weiter an.

- * Für die Entwicklung der Infrastruktur muss die Gemeinde mindestens 160 Millionen Euro auf den Tisch legen. Selbst der Finanzstadtrat spricht von einer jährlichen Belastung des Budgets im Ausmaß von 14 Millionen Euro. Dieses Geld fehlt in anderen Stadtteilen, die eine positive Entwicklung dringend nötig hätten.
- * Die Stadt Graz will das Areal nicht selbst entwickeln, sondern innerhalb von zehn Jahren an Wohnungsgesellschaften und Immobilienspekulanten verkaufen.
- * Jetzt gibt es große Propagandabroschüren, die den Leuten das Blaue vom Himmel versprechen; billige Wohnungen, urbane Atmosphäre, Umweltschutz usw. Das alles steht nur auf dem Papier. Wahrscheinlicher ist, dass sich Profitinteressen auf Kosten der Allgemeinheit durchsetzen werden.

Gemeindefusionen

Die von der SPÖ-ÖVP-Landesregierung forcierten Gemeindefusionen werden wesentliche Verschlechterungen für die Bevölkerung mit sich bringen. Der ländliche Raum wird verlieren: 5.3-5

EU und Krise

Der „Europäische Stabilitätsmechanismus“ (ESM) wird als „Rettungsschirm“ für hoch verschuldete EU-Staaten propagiert. Nichts könnte weiter von der Wirklichkeit entfernt sein. 5.6-7

Editorial

Mitmachen bei der Programmarbeit

von Elke Kahr

Vor 14 Jahren hat die KPÖ aufgrund ihres Wahlergebnisses im Jänner 1998 einen Stadtsenatssitz erreicht und somit die Verantwortung für das städtische Wohnungsamt erhalten und bis heute auch behalten. Warum? Durch jahrelange konsequente Interessenspolitik für Mieter und Mieterinnen hat sich die KPÖ, allen voran Ernest Kaltenegger, in Graz einen Namen gemacht. Wenn man ein Problem mit seinen Vermietern hatte, so ging man zur KPÖ. Durch unseren Mieternotruf, der seit Mitte der 90er Jahre eingerichtet wurde und bis heute aufrecht geblieben ist konnten wir tausenden von Grazerinnen und Grazern bei wohnrechtsrelevanten Problemen zur Seite stehen. Von Spekulantentwillkür, bis unzumutbarer Wohnraumvermietung, überhöhten Mieten, Betriebskostenprüfungen, Problemen bei der Herausgabe von Kauttionen, finanzielle Unterstützung in rechtlichen Angelegenheiten usw. konnte geholfen werden. Die Problemlagen sind vielfältig, änderten sich oftmals im Laufe der Zeit und werden angesichts der Profitinteressen vieler Immobiliengesellschaften und Hauseigentümer auch immer größer. Die Auseinandersetzungen auf dem Wohnungssektor sind nicht nebensächlich, sondern wichtige Bestandteile des großen gesamtgesellschaftlichen Kampfes. Wenn es gelingt, die Angriffe auf den sozialen Wohnbau, die gerade auf breiter Front geführt werden, abzuwehren, wenn wir es schaffen, konkrete Beispiele dafür zu entwickeln, dass es auch anders geht, dann ist schon viel erreicht.

Unser Ziel bleibt die Wiederaufnahme des sozialen Wohnbaus durch die Gemeinden und die Gebietskörperschaften selbst. Das ist nur bei einer grundlegenden Veränderung des Kräfteverhältnisses möglich.

Unsere Arbeit in Graz ist ein Teil dieser Bewegung, die den arbeitenden Menschen und der großen Mehrheit der Bevölkerung ein Bewusstsein ihrer Kraft und Bedeutung geben und die Angriffe auf ihre sozialen Rechte abwehren will.

Bei den Grazer Gemeinderatswahlen, die wahrscheinlich im Jänner 2013 stattfinden werden, geht es um viel. Es geht darum, ob die KPÖ weiterhin im Grazer Stadtrat ein soziales und menschliches Gegengewicht sein kann.



von Werner Murgg

Der außerordentliche Parteitag der KPÖ Steiermark, der sich mit der Programmarbeit beschäftigt hat, war ein voller Erfolg. Mit großer Mehrheit wurde der neu gefasste erste Teil unseres Landesprogramms verabschiedet.

Österreichischen und internationalen Gästen konnten wir zeigen, dass die KPÖ Steiermark sich auf marxistischer Grundlage mit den Ursachen der Krise beschäftigt und Lösungsvorschläge im Sinne der arbeitenden Menschen erarbeitet. Besonders erfreulich war die Teilnahme des kubanischen Botschafters und eines Vertreters der Botschaft der Bolivarischen Republik Venezuela an unserem Parteitag. Zeigt dies doch, dass wir gewillt sind, über den Tellerrand hinauszublicken und mit progressiven Entwicklungen in anderen Weltgegenden solidarisch sind.

Wie geht es nun weiter? Bis zum Herbst wird die Programmkommission die schon lange beschlossene Kurzfassung des Programms vorlegen. Damit haben wir dann auch Material für die Infostände bei der Hand. In einem zweiten Schritt wollen wir den zweiten und dritten Teil unseres Landesprogramms – unser Sozialismusbild und Schritte zu einem progressiven Sozialstaat – sprachlich dem neu gefassten ersten Teil angleichen. Alle Genossinnen und Genossen, die Interesse haben, sind zur Mitarbeit aufgerufen.

Im Spätherbst oder Winter planen wir eine öffentliche Konferenz zu unserer Einschätzung der seit Jahren grassierenden Krise. Wir wollen dazu Organisationen und Persönlichkeiten aus dem weiteren linken Spektrum unseres Landes einladen und mit ihnen offen über unsere Vorschläge diskutieren.

Und das wichtigste: gemäß Auftrag des letzten ordentlichen Parteitages wollen wir mit einer marxistischen Schulungsarbeit beginnen. Selbstverständlich muss unser Landesprogramm Teil dieser Schulung sein.

Der Parteitag hat beschlossen, beim zweiten und dritten Teils des Landesprogramms eine redaktionelle Bearbeitung vorzunehmen. Wer Interesse an der Mitarbeit hat, soll sich bitte beim Vorsitzenden der Programmkommission, Werner Murgg unter 03842 – 22 670 oder bei seinem Hilfssheriff unter hanno.wisiak@kpoe-steiermark.at melden.



Der Tisch mit den internationalen Gästen beim Programmparteitag der steirischen KPÖ

„Umweltzone“: Unsozial und wirkungslos

Die sogenannte „Umweltzone“ trifft nur jene, die sich nicht alle paar Jahre ein neues Auto kaufen können. An der Feinstaubbelastung ändert sie wenig.

Geht es nach dem SPÖ-Landeshauptmann Voves, dem ÖVP-Bürgermeister Nagl und seiner grünen Stellvertreterin Rücker wird in Graz bald eine Sogenannte „Umweltzone“ eingeführt. Wer seinen alten, sparsamen Diesel-PKW gegen einen neuen, PS-starken Benzinfresser austauscht, darf dann ohne Einschränkungen fahren, egal wie die Schadstoffwerte ausschauen. Daran kann man schon erkennen, wem diese Maßnahme wirklich dient: ausschließlich der Automobilindustrie aber nicht der Luftqualität.

„Derartige Maßnahmen gehen immer auf Kosten der sozialen Gerechtigkeit und schränken die Mobilität von Menschen mit kleinerer Brieftasche ein“, kritisiert KPÖ-Landtagsabgeordneter Werner Murgg. Darum spricht sich die KPÖ sowohl gegen die „Umweltzone“, als auch gegen die Einführung einer „City-Maut“ aus, erklärt Murgg.

Umweltzone dient einzig der Autoindustrie

Umweltzonen sind ein untaugliches Mittel um den Feinstaub wirkungsvoll zu bekämpfen. In Wahrheit sind sie eine von den Besitzern älterer Fahrzeuge zu bezahlende „Verschrottungsprämie“ im Sinne der Automobilindustrie. Das beweist allein die Tatsache, dass die meisten Umweltzonen in deutschen Städten zu finden sind. Kaum in einem anderen europäischen Land ist die Autoindustrie so mächtig wie hier.

Untaugliche Zone

Ältere Dieselfahrzeuge weisen einen relativ hohen Feststoff-Anteil in ihren Auspuffgasen auf. Dabei handelt es sich aber um den „sichtbaren“ Ruß, der von den Schleimhäuten absorbiert wird und nicht in die Lungen eintritt. Moderne Diesel-Direkteinspritzer hingegen erzeugen die für das Auge unsichtbaren Nanopartikel, die als „Feinstaub“ in die Lunge eindringen. Das wird bei den sogenannten Euro-Normen aber völlig außer Acht gelassen, weil nur das Gesamtgewicht des Partikelausstoßes berücksichtigt wird.

Abrieb unberücksichtigt

Umweltzonen sind noch aus einem anderen Grund ineffizient. Sie konzentrieren sich nur auf die Auspuffgase. Ein großer Teil des verkehrsbezogenen Feinstaubes entsteht – unabhängig vom Baujahr des Fahrzeuges – durch Abrieb von Reifen, Kupplung, Bremsen und Fahrbahn und wird von modernen Autos genauso freigesetzt wie von älteren Fahrzeugen.

Öffentlichen Verkehr ausbauen!

Als Alternative zur Umweltzone schlägt die KPÖ vor, an Feinstaubalarmtagen ein gestaffeltes Fahrverbot für alle Kraftfahrzeuge – abwechselnd für „gerade“ und „ungerade“ Nummerntafeln – zu verhängen. Gleichzeitig muss an diesen Tagen die Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel kostenlos angeboten werden.

Aber gerade beim öffentlichen Verkehr hapert es in Graz gewaltig. Würden nur zehn oder zwanzig Prozent aller Verkehrsteilnehmer tatsächlich auf die Graz Linien umsteigen, würden diese blitzartig zusammenbrechen. Massive Ausfälle und Verspätungen wären vorprogrammiert. Darum fordert die KPÖ einen massiven Ausbau der Linien und der Taktung.

Autorennen mitten in Graz

Während der Grazer Bürgermeister Nagl und die Grüne Vizebürgermeisterin Rücker die Besitzer älterer Fahrzeuge bestrafen wollen, wurde mitten in Graz ein Autorennen veranstaltet. Nagl bestieg, wie bereits vor einem Jahr, selbst einen DTM-Boliden und senkte – unter aufheulenden Motoren und qualmenden Reifen – die Startflagge für ein Feinstaubspektakel der besonderen Art.

Alle Pläne auf den Tisch!

Stellungnahme von Stadträtin Elke Kahr zu den angedachten Gemeindefusionen Graz-Umlandgemeinden:

KKPÖ-Stadträtin Elke Kahr nimmt zu den unlängst bekannt gewordenen Plänen einer Fusion der Stadt Graz mit einigen Umlandgemeinden wie folgt Stellung:

„Ich bin nicht besonders erfreut darüber, dass ich von diesem anscheinend schon weit gediehenen Vorhaben erst aus der Zeitung erfahren musste. Diese Tatsache passt aber zur allgemeinen Vorgangsweise der SPÖ-ÖVP Regierer im Land Steiermark. Zur Kenntnis nehmen muss ich, dass Bürgermeister Nagl anscheinend in diese Pläne bereits eingeweiht ist.“

Die Grazer KPÖ fordert eine sachliche und öffentliche Diskussion der Vor- und Nachteile einer Gemeindefusion im Großraum Graz. Ich erinnere daran, dass wir bereits vor geraumer

Zeit festgestellt haben, dass eine Fusion mit den jetzt genannten Gemeinden aus verschiedenen sachlichen Gründen (Raumordnung, Verkehrsplanung, Infrastruktur) gerechtfertigt ist.

Andererseits zeigen negative Erfahrungen mit der Bezirksdemokratie in Graz (Schließung von Bezirksämtern, Minibudgets und kaum Kompetenzen für die Bezirksräte), wie berechtigt das Misstrauen der Bevölkerung gegenüber abgehobenen Zentralstellen ist.

Die Gesamtbevölkerung in Graz und in den Umlandgemeinden hat das Recht darauf, dass alle Pläne des Landes in Sachen Gemeindefusion sofort öffentlich gemacht werden. Für die KPÖ sind darüber hinaus verbindliche Volksabstimmungen vor einem Fusionsbeschluss unabdingbar.“

Ein alter Hut

Über Gemeindezusammenlegungen – und warum sie keine Erfindung der neuen „Reformpartner“ in Graz und auch nicht der Weisheit letzter Schluss sind...



von Katharina Dianat

Schon 1972 gab es bundesweit eine ganze Welle von Zusammenlegungen, die dazu führten, dass österreichweit die Gesamtzahl der Gemeinden von knappen 4000 auf ca. 2300 zurückging. Auch damals schon war die Begründung die Gleiche wie jetzt: größere Gemeinden sollten angeblich die Verwaltung vereinfachen und verbilligen. Mehr Einwohner, würden zu höheren Einnahmen aus dem Finanzausgleich führen und die zahlreichen Aufgaben der Gemeinden wären in einem größeren Verbund leichter zu erledigen.

Derzeit hat die Steiermark 542 Gemeinden – eine Zahl, die sich seit 1972/73 nur unwesentlich geändert hat. Durchschnittlich ist jede Gemeinde gute 30km² groß und beherbergt ca. 2.300 Einwohner (natürlich ist das ein Mittelwert, in dem auch die großen Städte wie Graz und Leoben mit einbezogen sind). Diese Zahlen entsprechen ziemlich genau dem österreichischen Durchschnitt (ohne Wien) und haben sich auch seit der letzten Strukturreform kaum mehr geändert. Einen Handlungsbedarf alleine daraus abzuleiten ist daher eigentlich nicht nachvollziehbar.

Sehen wir einmal über die Landesgrenzen hinweg nach Kärnten. Auch dort gab es 1972/73 zahlreiche Zusammenlegungen – während allerdings in der Steiermark sich seither nur wenig geändert hat, sind in Kärnten einige Gemeinden wieder zu ihrer ursprünglichen Struktur zurückgekehrt und haben sich wieder neu konstituiert.

Zwei Beispiele

Im Falle von St. Georgen/Lav. wurden 1972/73 mehrere bevölkerungsschwache (ländliche) Gemeinden mit der Gemeinde St. Paul/Lavanttal zusammengelegt, bekannt durch das Stift St. Paul und dem angeschlossenen Gymnasium). Schon damals war eines der Hauptargumente die Schaffung ei-

ner Großgemeinde mit mehr als 10.000 Einwohnern um eine höhere Summe aus den Ertragsanteilen zu lukrieren. Nach der Zusammenlegung – gegen den Willen der Bevölkerung, die mit 98 Prozent dagegen stimmte – wuchs die neu entstandene Gemeinde jedoch bis zur Rückgemeindung 1991 nie wirklich zusammen. Die angestrebte Bevölkerungszahl von 10.000 Einwohnern wurde ebenfalls nie erreicht. Trotz der – zugegebenen- Bemühungen der gemeinsamen Verwaltung in St. Paul konnte auch die Infrastruktur in den eingemeindeten Gemeindeteilen nicht aufrechterhalten werden. Die Außenstellen wurden nach und nach weniger besetzt, kleine Volksschulen und Kindergärten geschlossen. In die ehemaligen Gemeindeämter wurden Wohnungen oder ähnliches gebaut. Das Angebot an Möglichkeiten sich zu einem geordneten Vereinsleben zu organisieren ging mangels Örtlichkeiten ständig zurück. Aber auch die gastronomische und Lebensmittelversorgungsinfrastruktur brach ein, da sich alles nach St. Paul orientierte. Gerade im Lavanttal mit seinen zahlreichen Seitentälern und Gräben in die Abhänge der Sau- und Koralpe führte das zu einer fühlbaren Verschlechterung der unmittelbaren Versorgungssituation. Am schlimmsten empfand die Bevölkerung aber die Ausdünnung der persönlich bekannten Ansprechpersonen in der Gemeindeverwaltung selber. In einer Diplomarbeit, die sich mit der Rückgemeindung der beiden angesprochenen Gemeinden beschäftigt, wird immer wieder die „Zentralisierung“ und „Anonymisierung“ des „Verwaltungsapparates“ kritisiert, denn „beim Reden kämen die Leut´ z´samm“. Auch der Verlust des „eigenen Bürgermeisters“ und eines Teiles der (Dorf)-Identität wurde durchgehend beklagt. Von Anfang an versuchten lokale Gruppen und Initiativen, dieser Entwicklung entgegenzuwirken, was schließlich 1991 in der Rückgemeindung St. Georgens endete.

Ähnlich das Bild in Frantschach – St. Gertraud: Die Marktgemeinde liegt nördlich der Bezirkshauptstadt Wolfsberg. Wolfsberg ist mit knappen

24.000 Einwohnern genauso groß wie Leoben und das Ausbildungs- bzw. Beschäftigungszentrum des Bezirkes. St. Gertraud wiederum beherbergt mit seinen knapp 3.000 Einwohnern die einzige Papierfabrik Kärntens, die mit ihren 500 Arbeitsplätzen einer der größten Betriebe im Bezirk ist. Selbstverständlich waren auch hier die finanziellen Gründe der Eingemeindung 1972/73 für das weit größere Wolfsberg vorteilhaft. Die Auswirkungen der Zusammenlegung auf die Bevölkerung wurden jedoch mit Hilfe einer Volksbefragung, die gleichzeitig mit der Gemeinderatswahl 1985 durchgeführt wurde, von 70 Prozent der Bevölkerung als negativ erachtet. Am 5. Mai 1991 stimmten schlussendlich knappe 51 Prozent für eine eigene Gemeinde Frantschach-St. Gertraud. Im Laufe des folgenden jahrelangen Kampfes um die Rückgemeindung ging die „Front“ der Befürworter und Gegner quer durch alle Parteien, wurde mehr als leidenschaftlich geführt und endete erst 1995 mit einem Beschluss des Verwaltungsgerichtshofes. Seit 1996 ist Frantschach-St. Gertraud nun wieder eine eigene Gemeinde. Trotz der harten Anfangszeit nach der Trennung – es gab weder ein Amtsgebäude noch Personal oder Büroinfrastruktur, da dies alles ja zentral in Wolfsberg geblieben war und die alte Infrastruktur von vor 1972 vollständig zerschlagen war! –, wird der Verwaltung von der Bevölkerung ein weitgehend positives Zeugnis ausgestellt, auch wenn die Marktgemeinde mit den üblichen wirtschaftlichen Probleme, zu kämpfen hat.

Wer sich jetzt denkt, „na dann werden s' halt in Zukunft zu kämpfen haben“, der irrt.

Die Rückgemeindung wird nicht nur von der Bevölkerung subjektiv als sehr positiv angesehen, sondern ist auch in objektiven Zahlen abzulesen. Neben zahlreichen Infrastrukturprojekten (Kanal, Wasser, Straßen, Kindergarten, neue Arztpraxen, Geschäfte) sind auch Initiativen in Richtung sanfter Tourismus (St. Georgen) erfolgreich und werden gut angenommen. Selbstverständlich werden die Probleme auch dort nicht weniger – auch das Lavant-

tal ist eine strukturschwache Region –, Lösungsansätze werden jedoch nicht alleine in der „Verwaltungsvereinfachung“ gesucht.

Die derzeit laufenden Überlegungen einer Großgemeinde „Lavanttal“, in die alle Gemeinden des Bezirkes einfließen sollen, wie sie derzeit von einigen Wolfsberger Politikern ange stellt werden, sind aufgrund der Erfahrungen der Lavanttaler Bevölkerung mit Gemeindezusammenlegungen in den letzten Jahrzehnten ins Reich der undurchführbaren Phantasien einzuordnen.

Zusammenfassend kann daher gesagt werden:

Die Kärntner Erfahrungen zeigen:

- Gemeindezusammenlegungen sich kein Heilmittel für die drängenden Probleme der Kommunen. Sie schaffen weder eine straffere Infrastruktur, noch sparen sie irgendwo Geld ein. Zahlreiche Studien und Untersuchungen beweisen, dass kaum Effizienzgewinne gibt (wie auch? Die Arbeit muss ja trotzdem gemacht werden), sehr wohl aber größere Strukturen einen Hang zur Bürokratisierung haben (siehe Quelle Nr. 1).
- Demokratiepolitisch fühlt sich die Bevölkerung durch die größeren Strukturen nicht mehr vertreten, überdies kommt es zu einer Ausdünnung der Infrastruktur sowohl im öffentlichen wie auch im privatwirtschaftlichen Bereich, weil sich alles auf den kleinen zentralen Raum konzentriert. Vereine und ehrenamtliche Tätigkeiten verlieren ihren öffentlichen Rückhalt, weil die Ansprechpartner verloren gehen.
- All dies führt dann zur Abwanderung in Ballungsgebiete, was dann das ursprüngliche Ziel der Mehreinnahmen von mehr Geldern aus dem Finanzausgleich wieder zunichte macht.
- Eine Zusammenarbeit in Teilbereichen der öffentlichen Verwaltung ist auch möglich, wenn die Gemeinden eigenständig bleiben. Dies wird in zahlreichen Kommunen ja bereits praktiziert und ist von einer Zusammenlegung völlig unabhängig.
- Politik für und mit der Bevölkerung kann nur gemacht werden, wenn auch wirklich die Interessen der Gemeindeglieder im Vordergrund stehen und nicht irgendwelche finanzpolitischen Rechenricks Grundlage der Entscheidungen im Gemeinderat sind.

Bruck-Kapfenberg: Fusion auf Schiene

Nun ist es beschlossene Sache. Mit meiner Gegenstimme wurde in der Gemeinderatssitzung am 27. Juni auch in Bruck an der Mur der Wille zu Fusionsgesprächen in Form eines SPÖ-Antrages gemacht.



Einer der größten Kritikpunkte ist die mangelnde Einbindung der Bevölkerung. Nach Antrag der SPÖ soll es lediglich zu einer Volksbefragung kommen. Dies ist zu wenig.

Erstens hätte eine Volksbefragung vor dem Beginn solcher Fusionsgespräche stattfinden müssen, denn wenn die Mehrheit schon von Anfang an dagegen ist, was bringen solche Fusionsgespräche dann? Es wird nur wieder irrsinnig viel Geld aus den Fenstern geworfen.

Außerdem ist ein „Sollte“ einfach zu unverbindlich. Aufgrund dessen gab es je einzeln von den GRÜNEN, ÖVP und FPÖ ein Abänderungsantrag zur Umwandlung in eine verpflichtende Volksabstimmung. Bei der Abstimmung dieser Anträge kam es aber zur einer Überraschung. Die SPÖ stimmte gegen diese Anträge. Zusätzlich zog die FPÖ ihren Antrag zurück und stimmte nicht mit der ÖVP und den Grünen für eine Verpflichtung. Zuerst hauen die Blauen auf den Tisch und schreien als Lauteste für eine verpflichtende Volksabstimmung und dann ziehen sie ihren Antrag zurück und stimmen ohne mit der Wimper zu zucken mit der SPÖ. Da fehlen sogar mir die Worte.

Der Ausschuss, der diese Gespräche zentral lenkt (=Lenkungsausschuss), setzt sich nur aus den Stadtratsparteien zusammen. Da frage ich mich: Ist das fair und demokratisch?

Ich kann schon wieder nicht zu diesen Sitzung gehen weil sie nicht öffentlich ist. Ich darf mich nicht in den Diskussionen miteinbeziehen außer wenn es zu einer Beschlussfassung im Gemeinderat kommt. Von der Seiten der SPÖ wird immer behauptet, dass diese Fusionsgespräche so offen wie möglich gestaltet werden sollen, und dem wichtigsten Gremium fehlen die Kleinparteien. Das ist NICHT DEMOKRATISCH!

Nicht antworten wollte mir Bürgermeister Rosenberger auf meine Frage, wie viel die externe Prozessbegleitung kosten wird bzw. wo es aus seiner Sicht zu Einsparungswen durch die Fusion kommt.

Was herauskommen wird ist klar: Es wird Personal abgebaut, die Gemeindewohnungen bzw. Stadtwerte verkauft oder öffentliche Einrichtungen (Freibad, Schulen etc.) geschlossen. Dieser Weg wurde bei der Gemeinderatssitzung einzig mit meiner Gegenstimme auf Schiene gebracht.

Vizebürgermeister Strassegger wollte mir noch ein schlechtes Gewissen einreden, indem er meinte: „Denken Sie an ihre Kinder und Enkelkinder, sie wissen nicht, was sie mit ihrer Entscheidung anrichten!“

Die Frage sollte aber anders formuliert sein: „Wissen die Bürgerinnen und Bürger, was durch den Beschluss von SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grünen entschieden wurde? Die Auswirkungen tragen wir alle und nicht der Gemeinderat alleine!“

ESM: Euro-Land wird zur Aktiengesellschaft

Der sogenannten „Europäische Stabilitätsmechanismus“ (ESM) wird als „Rettungsschirm“ für notleidende, hoch verschuldete EU-Staaten propagiert. Nichts könnte weiter von der Wirklichkeit entfernt sein.



von Gerald Oberansmayr

De facto ist der ESM ein von den EU-SteuerzahlerInnen, also der breiten Masse der Bevölkerung, finanziertes Instrument, um abzuschern,

- dass für die Gläubiger hoch verschuldeter EU-Staaten (in der Regel große Banken, Vermögensbesitzer und Konzerne) das Verlustrisiko minimiert bzw. die Renditen gesichert werden
- dass die gewählten Parlamente in jenen Staaten entmündigt werden, die in der Währungsunion niederkonkurriert wurden. EU-Binnenmarkt und Währungsunion berauben v.a. die schwächeren Staaten jener Instrumente (Kapitalverkehrskontrollen, Währungsabwertung), um ihre Binnenwirtschaft zu schützen und zu entwickeln. Nach der Niederlage im Handelskrieg kommt die Überschuldung – und dann als „Rettung“ der ESM, der die Menschen drakonischen Sozial-, Lohnabbau- und Privatisierungsprogrammen unterwirft. Zum Schaden können sie sie auch noch den Hohn gefallen lassen, als „Faulenzer“ und „Bittsteller“ vorgeführt zu werden.
- dass ein kleinster Kreis von Regierungsvertretern und Technokraten abseits demokratischer Kontrolle die Verfügungsgewalt über riesige Finanzmittel bekommt, um eine neoliberale Wirtschaftsdiktatur in der EU zu festigen und zu vertiefen. Über die Bande deregulierter Finanzmärkte wird EU-Europa in eine deutsch geführte Hierarchie gepresst.

Der finnische Europa-Minister Alexander Stubb hat den Zusammenhang sehr präzise beschrieben: „Der Euro ist im Grunde eine darwinistische

Währung geworden. Es gilt das Prinzip vom Überleben des Stärkeren.“¹ Wer im EU-Wirtschaftskrieg unterliegt, kommt mit dem ESM auch politisch unter die Knute. Entsprechend antidemokratisch ist der ESM konstruiert:

Alle Macht dem Gouverneursrat

Die Verfügung über diese riesige Summe ist maximal entdemokratisiert: Die Entscheidung trifft ein Zirkel eine kleinen Technokratenelite von Regierungsvertretern mit dem bezeichnenden Namen „Gouverneursrat“, der wiederum ein Direktorium aus Leuten „mit großen Sachverstand im Bereich Wirtschaft und Finanzen“ bestimmt. Die Parlamente haben keine Mitentscheidung. Selbst innerhalb dieser Technokratenelite gibt es eine klare Hierarchie. Denn mit dem ESM wird Euro-Land endgültig zur Aktiengesellschaft. Abgestimmt wird nach dem eingezahlten Grundkapital. Nur die deutsche und französische Regierung verfügen bei Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit (80 Prozent des Grundkapitals) über eine sogenannten „Sperrminorität“, alle anderen können überstimmt werden. Beim sogenannten „Dringlichkeitsabstimmungsverfahren“ (85 Prozent des Grundkapitals), mit dem auf Antrag alle wichtigen Finanzgeschäfte getätigt werden können, wenn EU-Kommission und EZB „Dringlichkeit“ konstatieren, schafft zusätzlich zur deutschen und französischen auch die italienische Regierung noch den Sprung zur Vetomacht.

Neokoloniale Programme

Die ESM-„Finanzhilfe“ wird – nach dem Muster der neokolonialen Strukturanpassungskredite“ des IWF – an von der EU-Kommission ausgehandelte „strenge Auflagen“ gegenüber dem Empfänger gekoppelt. Wörtlich: „Der ESM kann einem ESM-Mitglied unter strengen, dem gewählten Finanzhilfinstrument angemessenen Auflagen Stabilitätshilfe gewähren. Diese Auflagen können von einem makroökono-

nomischen Anpassungsprogramm bis zur kontinuierlichen Erfüllung zuvor festgelegter Anspruchsvoraussetzungen reichen.“ (Art. 12) Diese werden von der EU-Kommission „im Benehmen mit der EZB und wenn möglich unter Einbeziehung des IWF“ ausgehandelt. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass diese „strengen Auflagen“ ganze Volkswirtschaften in den Ruin treiben und die Arbeitslosenquote in Griechenland und Spanien auf über 50 Prozent katapultiert hat

Reaktionäre „Euro-Bonds“

Der ESM kann Kredite vergeben, Anleihen am Primär- und Sekundärmarkt kaufen und er kann selbst Anleihen begeben, Kredite aufnehmen. Durch die Hintertür sind damit die „Euro-Bonds“ bereits Wirklichkeit geworden, und zwar als durch und durch reaktionäres Instrument zur neoliberalen Unterwerfung jener Staaten, die im entfesselten EU-Wirtschaftskrieg unter die Räder gekommen sind. Und möglicherweise für die Zukunft auch als Instrument der EU-Machteliten, um strategische Projekte, die in den Parlamenten auf Widerstand stoßen würden, zu finanzieren, z.B. große Rüstungsprogramme. Der ESM kann das Kapital auch beliebig auf den Finanzmärkten veranlagern. Jenes Geld, das hinten und vorne in den Sozial- und Bildungskassen fehlt, kann also munter weiter das Finanzkasino befeuern.

Immer mehr Menschen begehen gegen diesen Wahnsinn auf. Jean-Claude Juncker, Chef der Euro-Gruppe, lässt das kalt: „Wenn man angesichts einer historischen Zwangslage unpopuläre Maßnahmen treffen muss, die auch nicht von den eigenen Bürgern verstanden werden, ist das nicht eine Frage, die mich sonderlich bewegt.“² Arroganz war schon immer das Markenzeichen von Mächtigen und Mächten, deren Zeit abläuft.

1 Rede am Europa College in Brügge, zit. nach süddeutsche Zeitung, 19.11.2011)

2 Standard-Interview, 26.01.2012

Kommentar

In den vergangenen Jahren wurden Wirtschaft und Gesellschaft EU-Europas im neoliberalen Stil massiv umgebaut. Der Privatisierungswahn hat weder vor den Industriebetrieben, noch vor dem Bildungswesen, der Gesundheitsversorgung oder den Pensionssystemen halt gemacht. Die Vermögen und Gewinne sind rasant gestiegen, während die Löhne und Gehälter massiv gesunken sind und soziale Errungenschaften zurückgefahren wurden.

Vielen schöne Ziele werden formuliert: „Armutsbekämpfung“, „Erreichen der Klimaziele“, „Mehr Geld für Forschung und Entwicklung“. Es soll eine Wirtschaft mit hoher Beschäftigung und ausgeprägtem sozialen und territorialen Zusammenhalt gefördert werden. So steht es zumindest auf dem Papier. Wie die Wirklichkeit sein wird, lassen die Entwicklungen der letzten Monate erahnen. Die Notlage Griechenlands wird benutzt um eine neue Offensive des Neoliberalismus in Europa zu starten. Denn wie der *Standard* berichtet hat, haben Deutschland und Frankreich ihre Zustimmung zu den Griechenland-Krediten vom Abschluss milliardenschwerer Rüstungsaufträge für deutsche und französische Firmen abhängig gemacht. So landen die Milliarden, die die europäischen SteuerzahlerInnen aufbringen müssen gleich wieder auf den Konten der Banken und Rüstungsfirmen.

Es sind die Banken, die zuvor mit Milliarden an Steuergeld gerettet wurden, und die dann gegen Griechenland und den Euro spekuliert haben. Und am Euro-Schutzschirm, der ja auch durch Kreditaufnahmen finanziert wird, verdienen sie wieder. Nachdem Vermögen und Gewinne wie eine heilige Kuh geschützt werden, soll die Bevölkerung bluten.

In Strategien wie „Europa 2020“ finden sich schöne Worte. Die Realität aber zeigt, was die EU in Wahrheit ist: Ein neoliberales Projekt im Interesse der Konzerne und der Rüstungsindustrie. Und die Realität zeigt auch: Eine Abkehr vom Neoliberalismus wird es im Rahmen der EU nicht geben. Daher ist es hoch an der Zeit, die Diskussion über den Austritt aus der EU auf die Tagesordnung zu setzen.

Stadträtin Renate Pacher

Gelungene Sechs-Tages-Fahrt des ZVP



Bestes Wetter, ausgezeichnetes Essen und gute Laune prägten die Sechs-Tages-Fahrt des Zentralverbandes der PensionistInnen nach Baska auf der Insel Krk. Etwa 50 Personen erholten sich im sommerlichen Kroatien. Auch KollegInnen aus Leoben und Trofaiach der schlossen sich der Reise an. Auch im nächsten Jahr wird der gelungene Ausflug für Jung und Alt wieder stattfinden.

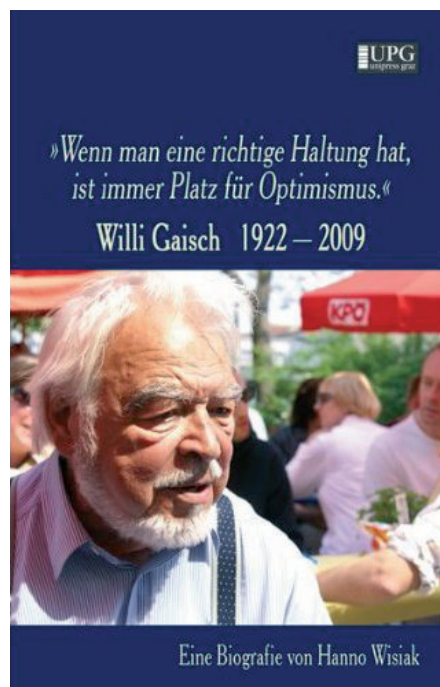
**Neuerscheinung**

Es war „ein kämpferisches, erfülltes Leben“, wie Willi Gaisch es selbst nannte, in dem sich nicht nur die Bruchlinien des „kurzen 20. Jahrhunderts“, sondern gleichsam die Höhen und Tiefen, die Erfolge und Fehler der kommunistischen Bewegung in Österreich spiegeln, die für ihn immer der Mittelpunkt seines Handelns war. Geboren in eine Grazer Arbeiterfamilie war Gaisch von Kindesbeinen an politisch aktiv. Buchstäblich bis zuletzt stand er mitten in den Bewegungen für eine Gesellschaft jenseits des Kapitalismus. Bei einem Zeitzeugengespräch über den antifaschistischen Widerstandskampf 1934–1945 vor etwa 250 Studierenden erlitt er einen Schlaganfall und erlag am Tag darauf den Folgen. Der Hörsaal A der Karl-Franzens-Universität trägt heute den Namen des langjährigen Obmannes der KPÖ Steiermark.

Hanno Wisiak: „Wenn man eine richtige Haltung hat, ist immer Platz für Optimismus“. Willi Gaisch 1922–2009.

Taschenbuch: 234 Seiten
Uni-Press Graz Verlag GmbH; Auflage:
1 (Juni 2012)
ISBN: 3902666218

Erhältlich im gut sortierten Fachhandel, auf amazon.at oder unter 0316 / 71 24 79 bzw. hanno.wisiak@kpoestermark.at



Eine Biografie von Hanno Wisiak

Kampfansage in Metallindustrie – trifft alle Branchen

Teile und herrsche. Nach diesem Motto bereiten die Industriellen im Metallbereich die kommende Herbstlohnrunde vor. Sollte ihr Coup gelingen, wird das Auswirkungen auf die Kollektivvertragsverhandlungen aller Branchen haben. Und damit geht es uns alle an.



von Anne Rieger

Geht es nach den Planungen der Industriellen, wird es keine gemeinsamen Verhandlungen mehr für die 165 000 Beschäftigten in der Kollektivvertragsgemeinschaft Metallindustrie und Bergbau geben. Zwei der sechs Fachverbände - Gießereien und Maschinen- und Metallwarenindustrie – wollen aussteigen und getrennte Verhandlungen mit den beiden Gewerkschaften PRO-GE und GPA-djp. Der Plan ist klar und leicht durchschaubar. Die Beschäftigten sollen auseinanderdividiert, geschwächt werden, damit die Industriellen ihre Interessen leichter durchsetzen können.

Es ist der Versuch, die erfolgreiche Solidarisierung der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaft im vergangenen Herbst zu zerstören.

Wir erinnern uns: Die Industriellen waren nur zu 3,65 % und einer Einmalzahlung von 200 Euro (die nicht dauerhaft in die Lohntabellen eingehen sollte) bereit. Dazu wollten sie die Verhandlungen hinauszögern, weil am Horizont negative Wirtschaftszahlen drohten, eine Stärkung ihrer Verhandlungsposition. Die entschlossene Kampfbereitschaft der GewerkschafterInnen in den Betrieben durchkreuzte den Plan. Sie reagierten mit 800 Aktionen, Streiks und Arbeitsniederlegungen. Das Ergebnis ist bekannt: Durchschnittlich 4,2 % Lohnerhöhung, der Anstieg des Mindestbetrags um dauerhaft 80 Euro sowie die verbesserte Anrechnungen der Karenzzeiten.

Nachdem im vergangenen Herbst die Taktik des auf die lange Bank-Schiebens nicht aufgegangen ist und zusätzlich die MetallerInnen durch die Streiks enorm an Selbstbewusstsein gewonnen haben, soll nun eine andere Taktik her: Aufspaltung der Tarifgemeinschaft in kleinere Gruppen.

Die Gewerkschaft Pro-Ge hat mitgeteilt, „die Sicherung unseres einheitlichen Kollektivvertrages für die Metallindustrie und den Bergbau ist für die PRO-GE ein Ziel an sich und steht unter keinen Umständen zur Verhandlung“. 900 Betriebsratsvorsitzende und Stellvertreter wiesen den Angriff am 30. Mai in einer einstimmig beschlossenen Resolution zurück.

Die Lohnrunden der MetallerInnen haben seit Jahrzehnten für die gesamte österreichische Kollektivvertragslandschaft erhebliche Bedeutung. Die in der Verhandlungsgemeinschaft der Metallindustrie und des Bergbaus abgeschlossenen Lohnerhöhungen haben für zahlreiche andere Branchen Leitcharakter, weit über den Industriebereich hinaus.

Der Angriff der Unternehmer ist daher der Beginn einer neuen Etappe in den Kollektivvertragsverhandlungen Österreichs. Kleinere Branchen, kleine Gruppen, Verbetrieblung der Kollektivverträge, die Aufspaltung würde zur Schwächung und zu weiterer drastischer Reallohnsenkung führen. Das ist das Ziel der Industriellen. Wir können davon ausgehen, dass es sich hier nicht um die Einzelentscheidung zweier Verbände handelt, sondern dass der Schritt in den herrschenden Kreisen abgesprochen ist. Wir sind verpflichtet, in und mit den Gewerkschaften diesem Angriff Widerstand entgegen zu setzen. Und unser erster Schritt ist Aufklärung in allen Branchen. Die Maske der Sozialpartnerschaft zerfällt immer mehr – und die wahren Herrschaftsverhältnisse kommen deutlicher zum Vorschein.

GLB-Initiativen auf der ÖGB-Landeskonferenz

Mehr Mut statt Kuschelkurs

Der steirische ÖGB braucht mehr Mut angesichts der Welle des Sozialabbaus in Österreich und Europa und er darf bei der Vorbereitung des steirischen Doppelbudgets 2013/2014 keine Vereinbarungen mit der Landesregierung eingehen, die der Masse der unselbständig Beschäftigten in unserem Bundesland schaden. Diese Schlussfolgerung zieht der steirische GLB aus den Reden und Beschlüssen der ÖGB-Landeskonferenz, die am Mittwoch in Graz stattfand. Franz Voves und Hermann Schützenhöfer sprachen aus diesem Anlass klare Worte, die da waren: Pension mit 67, weiterer Sozialabbau, Sparen zu Lasten der arbeitenden Menschen.

Die bei der Konferenz verabschiedeten Anträge, bei denen es im Wesentlichen um garantierte soziale Gerechtigkeit, Wertschöpfungsabgabe und europaweite Spekulationssteuern sollen die Richtlinie des ÖGB Steiermark für die nächsten Jahre sein.

GLB Kollegin Anne Rieger warb in ihrer Wortmeldung dafür, dass sich der ÖGB gegen die Einführung des Fiskalpaktes in Österreich ausspricht, da dieser u. a. zu einer weiteren „eigenstaatlichen Entrechtung mit gravierenden Abbau sozialer Rechte“ führt.

AK – Rat Luttenberger forderte den ÖGB auf, die beschlossenen Anträge ernst zu nehmen und notfalls auch dafür zu kämpfen. Er kritisierte den „sozialpartnerschaftlichen Kuschelkurs“ der Gewerkschaft und warb dafür, dass die ÖGB Verantwortlichen mehr Mut in Sinne der Kolleginnen und Kollegen entwickeln sollten.

Viele Länder – ein Kampf

GB: ÄrztInnen zeigen Muskeln

Ende Juni legten ÄrztInnen in ganz Großbritannien die Arbeit nieder. Die British Medical Association (BMA) hatte zum ersten Mal seit mehr als 40 Jahren zum Streik aufgerufen. Die MedizinerInnen in den Kliniken verweigerten für 24 Stunden die Durchführung von Operationen, HausärztInnen nahmen nur Notfälle an.

Die Kampfmaßnahme richtete sich gegen geplante Änderungen des Rentensystems. Künftig sollen alle NHS-Beschäftigten – nicht nur die ÄrztInnen – bis zum 68. Lebensjahr arbeiten und 15,5 Prozent ihres Lohnes an die Rentenkasse abgeben.

— jungewelt.de

Spanien: Generalstreik

Mit einem Generalstreik in den Bergbaugebieten Spaniens haben die Gewerkschaften Mitte Juni die Proteste gegen die weitgehende Streichung der Staatsbeihilfen durch die Regierung von Ministerpräsident Mariano Rajoy weiter ausgedehnt. Diese würden, befürchteten die Gewerkschaften, zur Schließung zahlreicher Stollen führen.

In Asturien, Kastilien und León sowie Aragón solidarisierten sich Gewerkschaftsangaben zufolge nahezu 100 Prozent der Arbeiter mit den Bergleuten der Region, die sich seit mehr als zwei Wochen im Ausstand befinden. Die Streikpostenketten hätten kaum etwas zu tun gehabt, weil es praktisch keine Arbeitswilligen gegeben habe, berichtete das Internetportal 20 minutos. Fernverkehrsstraßen und Autobahnen seien seit dem frühen Morgen mit Barrikaden blockiert worden (Foto), auch Eisenbahnverbindungen mussten eingestellt werden.

— jungewelt.de

Merkel siegt in Athen

Am Morgen danach titelte die Süddeutsche Zeitung: „Sieg der Konservativen treibt Börsenkurse nach oben“ und benannte damit die internationale Minderheit, die sich über den Wahlsieg der Nea Dimokratia (ND) am Sonntag in Griechenland freuen kann.

Die ND ging aus der Abstimmung am Sonntag mit einem Ergebnis von 29,7 Prozent als Siegerin hervor. Damit verfügt die konservative Partei über 129 Sitze im 300köpfigen Parlament – einschließlich der der stärksten Partei zustehenden 50 Bonussitze.

Auch die von vielen fortschrittlichen Kräften in Europa als Alternative favorisierte Linksallianz SYRIZA konnte ihr Resultat vom Mai noch einmal um etwa eine halbe Million Stimmen und zehn Prozentpunkte steigern. Sie zieht mit 26,9 Prozent und 71 Sitzen als stärkste Oppositionspartei in den ehemaligen Königspalast am Syntagmaplatz ein.

Drei weitere der nach im Parlament vertretenen Parteien hielten in etwa ihren Anteil an den Wählerstimmen: Die im Mai bereits auf einen Schatten ihres ehemaligen Selbst geschrumpfte PASOK verlor geringfügig weiter und erzielte 12,3 Prozent (Mai: 13,2) und 33 Sitze. Die Demokratische Linke steigerte ihr Ergebnis zwar um einen zehntel Prozentpunkt, verlor gleichzeitig jedoch zwei ihrer bisherigen Sitze. Auch die faschistische Chrysi Avgi (Goldene Morgendämmerung) zieht mit 6,9 Prozent und 18 Sitzen als fünftstärkste Partei erneut in das Parlament ein.

Die übrigen Parteien mussten gravierende Verluste hinnehmen. So verloren die nationalistischen Unabhängigen Griechen mehr als 200.000 Stimmen und sind nur noch mit 7,5 Prozent und 20 Sitzen vertreten. Die Kommunistische Partei Griechenlands (KKE) verlor sogar fast die Hälfte ihrer im Mai errungenen 536.000 Stimmen. Mit nunmehr verbleibenden zwölf Abgeordneten und 4,5 Prozent stellt sie nur noch die kleinste Fraktion unter den sieben Parteien im neuen Parlament.

In Griechenland sollen offenbar die Banker die Regierung gleich direkt übernehmen. Drei Tage nach der Parlamentswahl vom vergangenen Sonntag haben sich die konservative Nea Dimokratia (ND), die als stärkste Kraft aus der Abstimmung hervorgegangen war, die sozialdemokratische PASOK und die einst als Abspaltung aus dem Linksbündnis SYRIZA hervorgegangene Demokratische Linke auf die Bildung einer gemeinsamen Koalition geeinigt.

— jungewelt.de

Rebellen in Indien getötet

Raipur. Bei einer Schußgefecht mit maoistischen Rebellen haben indische Sicherheitskräfte am Freitag mindestens 17 Kämpfer getötet. Sechs weitere Rebellen und sechs Sicherheitskräfte seien bei der Auseinandersetzung im zentralen Bundesstaat Chhattisgarh verletzt worden, teilte die Polizei mit. Die Schießerei ereignete sich demnach in einer Urwaldregion knapp 300 Kilometer südlich von Raipur, der Hauptstadt von Chhattisgarh.

— jungewelt.de



Aufatmen bei den Europäischen Eliten: „Sieg der Konservativen treibt Börsenkurse nach oben“ titelte die Süddeutsche Zeitung nachdem bekannt wurde, dass die konservative Nea Demokratia Platz eins belegte. Mit den Worten „Merkel siegt in Athen“ brachte es die linke deutsche Tageszeitung junge Welt auf den Punkt. Am breitesten wurde jedoch in den linken Kreisen das Abschneiden der SYRIZA und der KKE debattiert.

Trotz des massiven Kahlschlag-Diktats von Internationalem Währungsfonds (IWF), Europäischer Zentralbank (EZB) und EU stehen die GriechInnen EU und Euro nach wie vor positiv gegenüber. Das machte sich die Koalition der Radikalen Linken, kurz: SYRIZA, zunutze und gewann so – fast – die Wahlen. Sie lehnte das „Spar“-Diktat der Troika ab, befürwortete aber die EU als Brandbeschleunigerin der sozialen Krise.

Das starke Wahlergebnis dieser Partei verdeutlicht, wie sehr sie zur Projektionsfläche für Hoffnungen aber auch für Illusionen geworden ist – nicht nur für GriechInnen. Von trotzkistischen Splittergruppen bis zur EU-konformen Bundes-„KPÖ“ bejubeln viele deren Abschneiden. Wieder einmal wollen viele nur mäßig Erfolgreiche ein Stück des Weges auf der vermeintlichen Siegerstraße hinterherhinken. Die KKE entschied sich indes dafür, den GriechInnen reinen Wein einzuschenken. Sie benannte die EU als das, was sie ist: ein Teil des Problems und nicht der Lösung. Diese Wahrheit war unpopulär und kostete die KKE am 17. Juni die Hälfte der Stimmen, die sie noch bei den Wahlen am 6. Mai hatte.

Die Partei in Bewegung bringt an dieser Stelle Auszüge aus einer Stellungnahme unsere Schwesterpartei, der Kommunistischen Partei Griechenlands (KKE).

Zwischen zwei schwierigen Kämpfen



vom ZK der KKE

Über SYRIZA

Einige internationale bürgerliche Massenmedien blieben bei der Vorstellung des SYRIZA als den Gewinner der Wahlen vom 6. Mai nur beim Titel: „Bündnis der radikalen Linken“. Sie kamen zu dem Schluss, es handele sich

um eine radikale, linke, wenn nicht sogar eine kommunistische Partei. So eine Darstellung hat nichts mit der Realität zu tun. Wichtigste Kraft innerhalb von SYRIZA ist die Partei „Bündnis der Linken“ (SYN), die ein sozialdemokratisches Programm hat. Sie hat im griechischen Parlament 1992 für den Maastrichter Vertrag gestimmt und ist Unterstützerin der imperialistischen Europäischen Union, die sie für verbesserungsfähig hält.

Neben dem SYN befinden sich Kräf-

te im SYRIZA, die aus der sozialdemokratischen PASOK stammen, aber auch kleinere linksradikale Gruppierungen, Trotzkisten und ehemaligen Maoisten, die die Rolle des Beiwerks beim sozialdemokratischen und antikommunistischen Hauptgerüst spielen.

Im letzten Jahrzehnt gibt es viele Beispiele, die den Anti-KKE-Charakter dieser politischen Formation aufzeigen. In vielen Basis- und Spartengewerkschaftsorganisationen und ArbeiterInnenzentren (lokale Vereinigungen



von Gewerkschaften) kandidieren und arbeiten Kräfte von SYRIZA mit Kräften von PASOK zusammen, so dass sie die Wahl von KommunistInnen in führende Gewerkschaftsorgane verhindern. SYRIZA ist ein Feind von PAME, ein Bündnis von klassenbewussten Gewerkschaften, und sie arbeitet offen in den Gremien der sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaftsverbände im privaten (GSEE) und öffentlichen (ADEDY) Sektor.

Ähnlich ist ihre Haltung bei lokalen Wahlen. Charakteristisch ist das Beispiel bei den Kommunalwahlen 2010 in Ikaria. Auf dieser Insel, einem ehemaligen Exilort von Kommunisten, hat die KKE großen Stimmeneinfluss. Bei den Wahlen von 2010 trat SYRIZA mit der sozialdemokratischen PASOK, der konservativen ND und der nationalistischen LAOS gemeinsam an, um einen kommunistischen Bürgermeister zu verhindern. Damals erhielt der Kandidat der KKE 49,5 Prozent der Stimmen, und wegen mit ein paar Hundert Stimmen Unterschied wurde ein Bürgermeister aus dem Anti-KKE-Bündnis gewählt.

Heute versucht die SYRIZA die KKE mit Vorschlägen über die sogenannte „Einheit der Linken“ anzugreifen. Sie versucht, die KKE dazu zu bewegen, ganze Seiten aus ihrem Programm zu streichen, von ihren Prinzipien zurück zu treten und die Politik der Verwaltung des kapitalistischen Systems – den Vorschlag von SYRIZA – zu akzeptieren.

Die Illusion der „Einheit der Linken“ und die Lüge über die „Regierung der Linken“

Warum gibt die KKE nicht etwas nach? Warum besteht sie auf der politischen Linie der Bündelung der gesellschaftlichen Kräfte, die gegen die Monopole, gegen den Kapitalismus und gegen die imperialistischen Vereinigungen ist? Warum soll man für die ArbeiterInnen- und Volksmacht kämpfen und nicht für eine Politik der „Einheit der Linken“, für eine Verbesserung der kapitalistischen Realität und der EU durch eine Regierungskoalition mit anderen „linken“ und sozialdemokratischen Kräften, wie andere kommunistische Parteien in Europa es tun?

Die KKE hat die Idee der Bildung einer „Linksregierung“ verworfen, die durch Beibehaltung der Mitgliedschaft Griechenlands in NATO und EU, sowie mit unveränderten kapitalistischen Produktionsverhältnissen eine menschenfreundliche Verwaltung des Systems erreichen würde. Sie kämpft



für den Aufbau eines gesellschaftlichen Bündnisses, das nicht nur die Interessen der arbeitenden Menschen verteidigt, sondern auch die Befreiung unseres Landes von imperialistischen Einmischungen anstrebt und die Machtfrage stellt.

Ziel ist der Rückgang des Einflusses der KKE und ihre Integration in das System

Die Weigerung der KKE sich einer „linken“ Regierung unterzuordnen befindet sich im Fokus von FeindInnen aber auch „FreundInnen“, die die KKE direkt oder indirekt auffordern, sich mit anderen „linken“ Kräften zu „vereinigen“. Das ist die Linie der kommunistischen Parteien, die sich im Vorstand der Europäischen Linkspartei befinden. Es fehlt auch nicht an Angriffen, wie die eines Professors aus den USA, die, wie auch einige trotzkistische Gruppierungen, im Ausland bekannter als in Griechenland, die KKE als die „sektiererischste KP in der Welt“ bezeichnen.

Wenn es aber so wäre, dass die Partei „sektiererisch“ ist, wie kann es dann sein, dass sich beim Kurs des Klassenkampfes und der Konfrontation, den die KKE propagiert, hunderttausende Menschen zusammenfinden? Wie kommt es dazu, dass sich in den Linien von PAME mehrere Gewerkschaftsbasisorganisationen, Branchenverbände und ArbeiterInnenzentren, die hunderttausende Arbeitende vertreten, organisieren?

Renovierung des bürgerlichen Systems

Die KKE warnte das griechische Volk seit längerer Zeit davor, dass die

Kundgebung der kommunistisch orientierten Gewerkschaft PAME (links) und der Kommunistischen Partei Griechenlands KKE

Bourgeoisie eine Renovierung der politischen Kulisse vorbereitet, um ihre Macht aufrecht zu erhalten. Sie kann das bürgerliche politische System nicht mehr durch den Austausch einer konservativen (ND) mit einer sozialdemokratischen (PASOK) Partei verwalten, wie sie es seit 1974, nach dem Sturz der Militärdiktatur, machte. Das bürgerliche System versucht Parteien und Persönlichkeiten zu „entsorgen“, deren Ruf sich in den Augen des Volkes unwiderruflich beschädigt hat. Unter diesen Bedingungen erzielte SYRIZA, die ein sozialdemokratisches Programm hat, Wahlgewinne, in dem sie während der Wahlperiode unverhüllt log und Illusionen verbreitete, dass es bessere Tage für die arbeitenden Menschen ohne Konfrontation mit den Monopolen und den imperialistischen Vereinigungen geben könne. Deswegen trägt SYRIZA eine große Verantwortung gegenüber den Menschen!

Die KKE ruft die arbeitenden Menschen auf, sich bewusst zu machen, dass diese versuchte Restaurierung nicht der Befriedigung der heutigen Bedürfnisse des Volkes entspricht. Auch die sogenannte „Linksregierung“ ist ein „Rettungsring mit einem Loch“, den sie den in der Ausweglosigkeit des kapitalistischen Systems ertrinkenden arbeitenden Menschen hinwerfen.

Es wird nicht einfach werden

Bemerkungen am Tag nach der Wahl in Griechenland



von Franz Stephan Parteder

I

Die deutsche Partei „Die Linke“ fliegt aus zwei Landesparlamenten; in Frankreich haben Linksfront und FKP zwar Stimmen gewonnen, aber Mandate verloren; in Italien sind die Regionalwahlen zu einer Schlappe für die fortschrittlichen Parteien geworden, in Griechenland siegt die Rechte, die Linkspartei Syriza gewinnt Stimmen, kann diesen Erfolg aber nicht politisch ausnützen, die KKE wird halbiert. Fast überall etablieren sich Rechtsradikale bzw. Neonazis im politischen Leben und werden zu einer realen Gefahr.

Das sind wichtige Ergebnisse der Frühjahrswahlrunde im EU-Europa. Mitten in der tiefsten Krise des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems und der Funktionsweise von Euro und EU – begleitet von mächtigen Demonstrationen hunderttausender Menschen ge-

gen den Sozialabbau – wird so deutlich wie selten zuvor sichtbar, dass unsere Bewegung derzeit nicht in der Lage ist, den Gang der Ereignisse zu ändern. Wir drohen an den Rand gedrängt, wir drohen zu bloßen Kommentatoren des Zeitgeschehens zu werden.

Ganz allgemein betrachtet stellt sich die Lage so dar: Die herrschenden Kräfte im finanzmarktgetriebenen Kapitalismus wollen die aktuellen Krisensymptome mit Mitteln bekämpfen, welche die Krise nur noch verschärfen. Der mit brachialen Mitteln durchgesetzte Sozialabbau versetzt immer mehr Menschen in der EU in eine Lage, in der sie die produzierte Wunderwarenwelt nicht mehr konsumieren können.

Die herkömmlichen Instrumente der bürgerlichen Demokratie erweisen sich als hinderlich für den Durchgriff auf alles und jedes, der jetzt gefordert wird. Deshalb steht die Errichtung eines mächtigen EU-Superstaates – notfalls auch mit autoritären Mitteln – auf der Tagesordnung. Mitbestimmung von unten ist nicht mehr erwünscht. Nach außen rüstet man sich für militärische Auseinandersetzungen im Kampf um Rohstoffe.

II

In dieser Situation stellen sich die Konzepte der EU-Linkspartei – so-

ziales Europa, Demokratisierung der EU, etc. – (wenn sie je ernst gemeint gewesen sein sollten) als große Illusionen heraus. Ein paar Mandate mehr oder weniger in einem EU-Parlament, das von den bestimmenden Kräften dort, wo ihm der Vertrag von Lissabon ein paar Rechte gegeben hat, gezielt ausgeschaltet wird, bedeuten jetzt gar nichts mehr.

Das Imperium will von derlei Krimskrams nicht mehr belästigt werden. Und es ist nicht die Linke, die hier noch Sand ins Getriebe streuen kann, es sind dies die Mitgliedsstaaten: Die Abgabe von Grundprinzipien der nationalen Souveränität, die Abgabe der Budgethoheit, stößt auch bei bürgerlichen Kräften auf Widerstand. Das zeigt sich bei schon den Diskussionen um den Fiskalpakt, das wird sich in den kommenden Wochen noch deutlicher beim Vorstoß um eine sogenannte Fiskalunion zeigen. Eine Transformation des Machtblocks EU in Richtung Sozialismus oder „Solidarische Gesellschaft“ – wie das neuerdings heißt – ist nicht möglich.

III

Unsere Bewegung tritt für die Umwälzung des kapitalistischen Gesamtsystems ein. Dabei heben wir den Vorrang des Klassenkampfes

Euroland ist abgebrannt.



gegenüber parlamentarischen Kombinationen hervor. Dabei lehnen wir aber die Konzeption „Klasse gegen Klasse“ ab, die in den Zwanzigerjahren des 20. Jahrhunderts großen Schaden angerichtet hat. Die Arbeiterklasse und die kommunistischen Partei sehen sich keiner einheitlichen reaktionären Masse gegenüber. Im Gegenteil: Die Kunst kommunistischer Politik besteht darin, möglichst viele Bündnispartner zu finden, um das Monopolkapital gesellschaftlich und politisch zu isolieren. Das bedeutet, dass wir gesellschaftliche und politische Bündnisse nicht ablehnen, sondern anstreben. Das heißt auch, dass wir nicht unvermittelt aus der heutigen Misere in den Sozialismus springen können: Übergangsformen, Etappen, Kompromisse sind auf unserem Weg nicht nur unvermeidlich, sie sind notwendig.

Ich erspare es mir, die Zitate von Marx und Engels in diesem Zusammenhang (aus ihrer Auseinandersetzung mit Lassalle und Bakunin) anzuführen. Ich verweise nur darauf, dass der konsequenteste und erfolgreichste Revolutionär des 20. Jahrhunderts, Lenin, eine seiner bedeutendsten Arbeiten der Auseinandersetzung mit der revolutionären Phrase gewidmet hat: Er hat den Linksradikalismus als eine Kinderkrankheit des Kommunismus bezeichnet.

Wie sind mit einem übermächtig scheinenden Gegner konfrontiert. Wir haben, über 20 Jahre nach der großen Niederlage unserer Bewegung, keine erfolgreiche Strategie gefunden, die uns unseren Zielen näherbringen würde. In dieser Situation gibt es zwei scheinbare Auswege: Den Opportunismus, die Anpassung an die Kräfteverhältnisse, den Versuch, ein Plätzchen in dieser EU zu finden – und sei es nur als zahnlose Opposition, die sich nur innerhalb des Raums bewegt, den die Herrschenden freilassen.

Das ist der scheinbare Ausweg, den die EU-Linkspartei und ihre Ideologen (z. B. der frühere KPÖ-Vorsitzende Walter Baier) gehen. Es gibt aber auch einen anderen scheinbaren Ausweg: Das ist die radikale Phrase. Ich persönlich habe die Herrschaft der radikalen Phrase bei den trotzkistischen und maoistischen Pseudo-KPs erlebt, die aus Verzweiflung darüber entstanden sind, dass die arbeitenden Menschen den Aufrufen der Achtundsechziger Bewegung nicht blindlings folgten. Ihre Publikationen wimmelten nur so von Begriffen wie Arbeiterklasse, Diktatur des Proletariats und Revolution. Sie hatten auch zwei Hauptfeinde. Die real existierenden sozialistischen Länder und die echten kommunistischen Parteien.

IV

Ich habe vor fast 40 Jahren den Weg zur KPÖ gefunden, weil sich diese Partei nicht über die „dummen, unwisenden Arbeiter“ erhaben gefühlt, sondern – beispielsweise im Hüttenwerk Donawitz – ganz konkrete Kleinarbeit mit unseren Grundsätzen verbunden hat. Und mich hat die Bündnis- und Aktionseinheitspolitik der damaligen KPÖ angesprochen, die – theoretisch untermauert beispielsweise von Ernst Wimmer – einer kleinen Partei große Erfolge gebracht hat: Chile-Solidaritätsfront, Friedensbewegung, Verstaatlichten-Komitees, etc.

Warum diese Abschweifung? Nach dem oben beschriebenen Ausgang der Wahlen in EU-Mitgliedsstaaten und angesichts der Tatsache, dass die Herrschenden zwar nicht wirklich weiterwissen, aber ihre Macht brutal und konsequent absichern, ist nicht nur die Strategie der EU-Linkspartei gescheitert.

Ich will gar nicht über die Wahlergebnisse der DKP oder von marxistisch-leninistischen Kleinparteien sprechen. Auch die faktische Halbierung der Wählerschaft für die griechische KKE hat nicht nur Ursachen, die außerhalb ihrer strategischen Orientierung liegen. Lenin hat (im „Linken Radikalismus“) darauf hingewiesen, dass ideologische Klarheit und das Eingehen von Kompromissen Hand in Hand gehen müssen. Und er stellt fest: „*Einen mächtigeren Gegner kann man nur unter größter Anspannung der Kräfte und nur dann besiegen, wenn man unbedingt aufs angelegentlichste, sorgsamste, geschickteste sowohl jeden, selbst den kleinsten 'Riss' zwischen den Feinden, jeden Interessengegensatz zwischen der Bourgeoisie der verschiedenen Länder,*

zwischen verschiedenen Gruppen oder Schichten der Bourgeoisie innerhalb der einzelnen Länder als auch jede, selbst die kleinste Möglichkeit ausnutzt, um einen Verbündeten unter den Massen zu gewinnen, mag das auch ein zeitweiliger, schwankender, unsicherer, unzuverlässiger, bedingter Verbündeter sein. Wer das nicht begriffen hat, der hat auch nicht einen Deut vom Marxismus und vom wissenschaftlichen, modernen Sozialismus überhaupt begriffen.“

Wir müssen uns diesen Gedanken zu Eigen machen, wenn wir eine Gegenposition zur Offensive der Herrschenden entwickeln wollen. Auch die Wende des 7. Weltkongresses der Komintern 1935 und die mit Dimitrow verbundenen Konzeption der Volksfront gegen Faschismus und Krieg müssen von uns immer wieder aufs Neue studiert werden.

Wenn wir in der Steiermark in der Plattform 25 gegen den Sozialabbau aktiv sind und gleichzeitig, wo es nur geht, unsere grundsätzliche Kritik an der EU öffentlich machen, wenn wir auf lokaler und regionaler Ebene Positionen in Betrieben, Gemeinden und auch in einem Parlament, dem Landtag Steiermark aufbauen, schaffen wir die Möglichkeit, zu einem Kristallisationskern der fortschrittlichen Bewegung in Österreich zu werden. Dabei dürfen wir niemanden von uns weisen, der einige oder viele Schritte mit uns gehen kann.

Das alles wird nicht einfach werden. Es ist eine schwierige Arbeit, aber sie wird uns nicht erspart bleiben.

Demonstration der Plattform 25 und des ÖGB am 26. April 2011



Günther Drobesch ist nicht mehr.

Am 6. Februar ist unser treuer und aktiver Freund und Genosse an den Folgen eines Schlaganfalles verstorben.

Günther Drobesch war ein waschechter Fohnsdorfer. Als Sohn eines Bergarbeiters und Kommunisten am 30. Oktober 1935 geboren, wusste er schon früh, wo sein Platz in der Gesellschaft und in der Politik war. Er kandidierte schon in den 50er Jahren des 20. Jahrhunderts als Jugendvertrauensrat im Bergbau und war bei Kinderland aktiv.

Die Ferienaktion von Kinderland-Steiermark in Kärnten war jahrzehntelang nicht ohne unseren Günther denkbar. Er war er bis zum Schluss mit vollem Einsatz tätig und bei Alt und Jung mehr als nur beliebt. Günther war sowohl als Gruppen- und Heimleiter, wie auch als Bademeister oder wie die Kinder ihn nannten „Chef vom Kinderlandstrand“ und auch beim Bau und dem Erhalt des Kinderland Feriendorfs viele Jahrzehnte aktiv tätig.

Vor allem aber ohne seine Gitarre und seinem riesigen Liederrepertoire kann mansich unseren Günther nicht vorstellen. Ob es gesellige Lieder in fröhlicher Runde waren oder kämpferische Arbeiterlieder, oder die ganz speziellen – er fand immer den richtigen Ton und unterstützte viele Veranstaltungen der Partei und von Kinderland mit seinem musikalischen Beitrag.

Was ihn besonders auszeichnete war, dass ihn aufgrund seiner direkten und damit auch ehrlichen Art eigentlich alle und vor allem die Jungen mochten und respektierten.



Als KPÖ-Bezirkssekretär und damit als Nachfolger von Karl Hirt trug er dazu bei, dass die Parteiorganisation aktiv an allen Kämpfen gegen die Schließung des Bergbaus und auch an wichtigen Bürgerinitiativen (Abfangjäger, Murwald) teilnahm. Fohnsdorf war in den schwierigsten Jahren für unsere Bewegung lange Zeit eine Ausnahmegemeinde, wo es Wahlerfolge gab, als fast überall in der Steiermark Verluste zu verzeichnen waren. Mehr als 15 Jahre lang – bis 2001 – war Günther Drobesch

KPÖ-Gemeinderat in Fohnsdorf und wegen seiner Arbeit, vor allem aber wegen seines umgänglichen Wesens weit über den Kreis der Partei hinaus angesehen.

Günther Drobesch war ein aufrechter und kämpferischer Kommunist, der alle seine Funktionen sehr ernst nahm. Jahrzehntlang war er Mitglied des Landesvorstandes der steirischen KPÖ und in der KPÖ-Bezirksleitung Fohnsdorf-Judenburg aktiv. In Erinnerung bleibt, dass er die gesellschaftliche Realität der sozialistischen Länder lieber selbständig erforschte und deshalb nicht alles für bare Münze nahm, was dort damals von den Tribünen der Parteitage verkündet wurde. Diese nicht unkritische Sicht und seine grundlegende Solidarität mit den Zielen der revolutionären Arbeiterbewegung waren aber kein Widerspruch, sondern gehörten zusammen. Der Antifaschismus war ihm ein Herzensanliegen.

Wir trauern um ihn. Unser Mitgefühl gilt seiner Frau Renate und allen Angehörigen.

Kinderland Steiermark
KPÖ-Bezirksleitung Fohnsdorf-Judenburg
Landesvorstand der steirischen KPÖ
Zentralverband der Pensionistinnen und Pensionisten

Mutige Widerstandskämpferin verstorben

Die Bürgerin der Stadt Graz und Widerstandskämpferin, Frau Emilie Deutsch, ist am 20. Juni im Alter von 92 Jahren gestorben.

Emilie Deutsch wurde in Wiener Neustadt als älteste von drei Kindern geboren. Nach der Hauptschule besuchte sie eine Haushaltungsschule, danach zwangen die ungünstigen Umstände der späten Dreißigerjahre sie in verschiedene kurzzeitige Arbeitsverhältnisse vom Dienstmädchen bis zur Schreibkraft, die sie alle nicht zufrieden stellten.

Nach der Annexion Österreichs durch Hitlerdeutschland wurden Schwesternschülerinnen gesucht. Emilie ging 1939 nach Berlin, wo sie das Schwesterndiplom

für Allgemeine und Kinderkrankenpflege ablegte. Im Jahre 1943 erreichte sie der Hilferuf ihrer Mutter, die an einer schweren Knochenkrankheit litt dies führte sie zurück nach Eisenerz, um sie zu pflegen. Anfang 1944 bat eine ehemalige Schulkollegin sie verzweifelt um Hilfe, da sie wegen ihrer Tätigkeit im Widerstand von der Gestapo gesucht wurde. Sie gewährte ihr Unterschlupf und versteckte sie bis zum Kriegsende. Auch zwei weitere Personen, die untergetaucht waren und am Widerstandskampf der Partisanengruppe Leoben-Donawitz der Österreichischen Freiheitsfront teilnahmen, nutzten diese Wohnung als Stützpunkt und so bildete sich eine eigene Widerstandszelle, die nie

enttarnt wurde.

Die Ereignisse dieser Zeit wurde von Franzobel in dem Grazer Stück „Prinzessin Eisenherz“, das 2009 im Grazer Schauspielhaus aufgeführt wurde, literarisch verarbeitet.

Nach Befreiung 1945 nahm Emilie ihre Tätigkeit als Krankenschwester wieder auf und arbeitete im Lazarett des Flüchtlingslagers in Eisenerz. Frau Deutsch hat in der NS-Zeit ganz auf sich gestellt drei von der Ermordung bedrohten Menschen das Leben gerettet, indem sie diese in ihrer Wohnung versteckt hielt.

Auf Anregung von Stadträtin Elke Kahr wurde sie am 19. April 2012 zur Bürgerin der Stadt Graz ernannt.

Karl Fladerer: Ein Veteran unserer Bewegung ist tot

Vor kurzem starb Genosse Karl Flader knapp vor seinem dreiundneunzigsten Geburtsdag. Karl Fladerer war wahrlich ein kommunistisches Urgestein. Bereits 1937 trat er als Jugendlicher dem kommunistischen Jugendverband (KJV) bei und wurde bald darauf wegen kommunistischer Agitation verhaftet. Mehr als zwei Jahre Zuchthaus folgten. Nach seiner Entlassung widmete sich Genosse Karl Fladerer sofort wieder der kommunistischen Parteitätigkeit.

Bis 1943 arbeitete er vor Ort in Leoben. Dann wurde er zur berühmten Strafkompanie einberufen und nach Griechenland abkommandiert. Hier gelang ihm

der Übertritt zu griechischen Partisanen. Er trat dem Antifaschistischen Komitee Freies Deutschland bei. Gegen Kriegsende marschierte Genosse Fladerer 800 Kilometer zu Fuß bis ins heutige Serbien, trat hier den jugoslawischen Partisanen bei und bekleidete bei ihnen den Rang eines Politkommissars. Nach Kriegsende war Karl Fladerer für einige Monate bei der Polizei in Wien, dann kehrte er in seine Leobener Heimatstadt zurück. Der gelernte Bäcker arbeitete anfangs bei der Leobener Arbeiterbäckerei und bei der Bezirkshauptmannschaft. Dann kam er zur Alpine-Donawitz, wo er bis zu seiner Pensionierung 1979 am Hochofen arbei-

tete. Jahrzehntlang gehörte Genosse Karl Fladerer hier zu den aktivsten kommunistischen Vertrauensleuten. Das Leben unseres Genossen Fladerer beweist, dass, eingebunden in ein starkes, kommunistisches Kollektiv, auch ein einfacher Arbeiter an entscheidenden Knotenpunkten der Geschichte große Aufgaben richtig zu lösen imstande ist. Eines hat Genossen Fladerer immer ausgezeichnet: Seine Bescheidenheit und seine tiefe Verbundenheit mit der kommunistischen Arbeiterbewegung. Dir, ein letztes Freiheit, Karl!

KPÖ Leoben
KPÖ Steiermark



Bibliothek des Bildungsvereins der KPÖ Steiermark

Öffnungszeiten:

Mittwoch (außer Feiertag) 15—18 Uhr und nach Vereinbarung

Bestand & Schwerpunkte

Die Bibliothek des Bildungsvereins der KPÖ Steiermark ist eine öffentliche Bibliothek; d.h. sie ist für alle zugänglich. Sie besteht aus rund 7.000 Medien (Büchern, Zeitschriften und audio-visuellen Medien). Themenschwerpunkte der Bibliothek sind Arbeiterbewegung, Kommunismus, marxistische Klassiker, Sozialismus sowie Widerstand und Verfolgung im Faschismus..

Entlehnung & Verlängerung

Mit dem Einschreiben in die Leser/innenliste können Bücher prinzipiell für 14 Tage ausgeliehen werden. Verlängerungen sind telefonisch oder per Mail möglich.

Bibliotheksteam & Kontakt

Annette Kravanja: 0650/914 89 59; annette.kravanja@kpoe-steiermark.at

Bernd Mugele: 0664/73 64 64 17; bernd.mugele@kpoe-steiermark.at

<http://bildungsverein.kpoe-steiermark.at>, Menüpunkt Bibliothek

Impressum

Medieninhaber, Herausgeber, Herstellung und Redaktion:

Kommunistische Partei Österreichs — Landesvorstand Steiermark

Lagergasse 98a 8020 Graz

Landesparteivorsitzende: Claudia Klimt-Weithaler, Dr. Werner Murgg, Ing. Renate Pacher

Tel: +43 (0)316 712479

Fax: +43 (0)316 716291

Mail: a.fuchs@kpoe-steiermark.at

Tel. +43 (0) 650 8732160

Offenlegung laut Mediengesetz:

Laut §25, Absatz 2: Medieninhaber (Verleger) ist die Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ), Wahlpartei KPÖ. Die KPÖ ist eine politische Partei,

Gründungspartei der Republik Österreich.

Laut §25, Absatz 4: Die Blattlinie entspricht der politischen Linie der steirischen KPÖ.

Festveranstaltung der KPÖ zum Neutralitätsfeiertag



Österreich bleibt neutral!

Fr. 26. Okt. 2012 – ab 10h

in Mürrzuslag, Wintersportmuseum

Wiener Straße 13, 8600 Mürrzuslag

Einlaß ab 10.00 Uhr
ab 11.00 Uhr

Festsprache
Unterhaltungsmusik



www.kpoe-steiermark.at

KPÖ

Eintritt: 5 Euro
nach dem Mittagessen
gemittelt Beisammensein



SommerFEST
OPEN AIR 2012

Kulinarische Sensation: Die **intergalaktischen Starköche** aus Ansfelden

Unterhaltung mit der beliebten Kapelle: „Glanzgraben-Trio“

BANDS:

- Hugo Olave spielt und singt lateinamerikanische Lieder
- Christian Masser spielt Mississippi BLUES
- Joe Diepold singt über das Leben, das Universum und den ganzen Rest
- Kinky Slinky spielen Acoustic Reggae

Samstag, 28. Juli 2012
ab 14.00 Uhr

Franz Bair Heim der KPÖ, Feldgasse 8, Kapfenberg

Eintritt frei

in Stadt Land KJG KJL KJN KJH KJF KJG KJH KJF KJG KJH KJF

kapfenberg / bruck

KPÖ

Elke Kahr. **KPO**



**Soziales darf nicht
untergehen**

www.kpoe-graz.at